



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE HOCHSCHULREFORM IN POLEN

■ ANALYSE	
Die »Verfassung für die Wissenschaft« – über die Reform des akademischen Sektors in Polen Rafał Riedel, Universität Oppeln, Oppeln	2
■ DOKUMENTATION	
Das Ministerium für Wissenschaft und Hochschulwesen: Die Verfassung für die Wissenschaft. Zusammenfassung der Veränderungen	7
Die Forderungen des Akademischen Protestkomitees an die »Verfassung für die Wissenschaft«, Juni 2018	8
Jarosław Gowin, Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen, über die Hochschulreform	9
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Größe und Finanzierung polnischer Hochschulen	12
■ CHRONIK	
17. – 30. September 2019	15

Die »Verfassung für die Wissenschaft« – über die Reform des akademischen Sektors in Polen

Rafał Riedel, Universität Oppeln, Oppeln

Zusammenfassung

Zu den zahlreichen Veränderungen der konservativen Regierung in Polen seit 2015 gehört auch eine umfassende Hochschulreform, die seit Oktober 2018 in Kraft ist. Sie war nötig, so das Regierungslager, weil die zahlreichen Reformen nach 1989 vor allem durch die Kommerzialisierung des schnell wachsenden Systems (dynamischer Zuwachs von Studierenden an öffentlichen und vor allem an neu entstandenen privaten Hochschulen) gekennzeichnet waren, jedoch keine signifikante Qualitäts- und Leistungssteigerung im internationalen Vergleich gebracht hatten. So zielt das aktuelle Reformprojekt auf die Konzentration von Ressourcen auf einige wenige »Flaggschiffe« durch die Stärkung der Rolle der Hochschulrektoren und des Ministeriums auf Kosten der bisher weit verbreiteten Autonomie. Polnische wissenschaftliche Einrichtungen sollen mehr Forschung betreiben und sich international zeigen, unterstützt durch eine großzügigere staatliche Finanzierung, die verstärkt auf Evaluierungen basiert. Kritiker werfen der neuen »Verfassung für die Wissenschaft« vor, das Hochschulsystem zu zentralisieren und dadurch politisch zu instrumentalisieren.

Die »Verfassung für die Wissenschaft«, eine im Oktober 2018 eingeleitete Reform des Ministers für Wissenschaft und Hochschulwesen, Jarosław Gowin, und seines Ressorts, weckte Hoffnungen und Erwartungen, bedeutete aber auch neue Herausforderungen für den polnischen Hochschulsektor. Es handelt sich insofern tatsächlich um eine revolutionäre Reform, als ihre wichtigsten Punkte auf wesentliche Aspekte des Hochschulsystems abzielen: berufliche Förderung, Finanzierung, Evaluationskriterien, universitäre Verwaltungsstrukturen usw.

Es blieb jedoch das Problem der unklar definierten Rolle der Hochschule als Institution in ihrer sozioökonomischen und kulturellen Umgebung. Die Hochschule als intellektuelle Gemeinschaft spielt eine wichtige Rolle für das Funktionieren der Gesellschaft, indem sie neue Ideen entwickelt, das kritische Denken fördert und Wissen verbreitet. Die zeitgenössischen Visionen von Universität und Hochschule wurden von verschiedenen Faktoren beeinflusst – auf der einen Seite von dem Ethos der zivilisatorischen Mission, auf der anderen Seite von den Forderungen, die der Staat und der Markt an die Universität stellen. Das Zusammenspiel Letzterer hat die akademische Welt mehr in Richtung Wettbewerb und Innovation gezogen sowie in Richtung soziale Verantwortung oder schlicht hin zu den Ideen von Wissen und Fortschritt. Die akademischen Institutionen stellen dabei nicht (mehr) nur Aufklärung bereit, sondern sie gewährleisten auch die Ausbildung von Fachleuten. Die permanente Neudefinition ihrer Beziehungen gegenüber dem Markt und dem Staat geht einher mit dem Versuch, gleichzeitig autonom zu bleiben.

Zwischen dem Staat und den Kräften des Marktes zu balancieren, bedeutet auch, auszutarieren zwischen

der vereinnahmenden Politik des Staates auf der einen Seite und dem Risiko, zum Konsumgut zu werden und klientelistischen Beziehungen ausgesetzt zu sein, auf der anderen Seite. Nach 1989, in der Phase der Transformation in Polen haben die Befürworter der neoliberalen Umstrukturierung des Marktes den Fetisch des Utilitarismus in die Hochschulen eingeführt. Die Fürsprecher der Markteffizienz implementierten einige Elemente der »wilden Liberalisierung« auch in die polnischen Universitäten. Die in der Periode nach 1989 beobachtete »Reforminflation« brachte vor allem ein überreguliertes System und weniger das Paradigma der Innovation hervor, das im Informationszeitalter der wissensbasierten Gesellschaft notwendig ist.

Die Hochschulreform, die im Jahr 2018 gesetzlich geregelt wurde, schlug darin fehl, ein echtes Gleichgewicht zwischen und gegenüber den politischen Kräften und denen des Marktes zu finden. Sie kündigt eine auffällige Verschiebung zu einer Re-Zentralisierung der polnischen Hochschullandschaft an, wobei mehr öffentliche Mittel in »Flaggschiff-Universitäten« fließen, auf Kosten der kleineren und peripheren Hochschulen. Auch sehen Kritiker der Reform eine politische Instrumentalisierung des akademischen Sektors. Das neue Gesetz verleiht den Politikern nicht nur mehr Macht, sondern organisiert auch die internen Verwaltungsstrukturen der Hochschulen dahin gehend um, dass die Rektoren mit einer noch nie da gewesenen Machtfülle ausgestattet werden. Darunter leidet die Autonomie der anderen Hochschulgremien, die im polnischen akademischen Sektor außerordentlich stark war.

Bislang entwickelte sich die polnische Hochschule also im Paradigma der Anpassung, indem sie auf die jeweils auftretenden Determinanten reagierte. Der

Hochschulsektor in Polen hat – wie auch in vielen anderen ostmitteleuropäischen Ländern – nach 1989 Veränderungen auf einem relativ hohen Niveau erfahren und war sowohl internen Faktoren wie Demographie und Vermarktung als auch externen Faktoren wie Europäisierung oder Bologna-Prozess ausgesetzt. Daher ist es wichtig, die Hochschulreform bzw. die Reformierung des Bildungswesens in Polen in dem breiteren Kontext der Veränderungen nach 1989 zu betrachten. Aus dem extrem bürokratisierten System vor 1989 wurde das polnische Hochschulwesen infolge der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Transformation befreit und in ein stark auf den Markt ausgerichtetes Wettbewerbsmodell überführt. Die Anwendung marktorientierter Maßnahmen zielte vor allem darauf ab, auf den, auch demographisch begründeten, Massen-Trend im Hochschulsektor zu reagieren (in den 1990er und den beginnenden 2000er Jahren setzte der Massenbetrieb in vielen, wenn nicht allen ostmitteleuropäischen Staaten ein), sowie auf den in kommunistischer Zeit entstandenen Nachholbedarf der Gesellschaft.

Der historische Hintergrund

Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems wurde die polnische Hochschullandschaft auf den Ruinen des bisherigen akademischen Systems errichtet, das umfassend indoktriniert (insbesondere die Wirtschafts- und die Sozialwissenschaften) und von Repressionen durchdrungen war, zudem war es stark zentralistisch ausgerichtet. Das weckte das Bedürfnis nach Emanzipation, Liberalisierung und Dezentralisierung, was dem allgemeinen Klima der Transformation der 1990er Jahre entsprach. Zwischen 1991 und 1995 verdoppelte sich die Zahl der Studierenden. Aufgrund der Liberalisierung im Jahr 1997 (die Möglichkeit, private Hochschulen zu gründen, das dem freien Markt entlehnte Konkurrenzverhalten zwischen den Hochschulen, die klientelistische Einstellung gegenüber den Studenten u. ä.) wurde die Anzahl der privaten Universitäten größer als die der staatlichen. Im akademischen Jahr 2010/11 erreichte der Anteil aller Studierenden im Verhältnis zu ihrer Alterskohorte mit 53,8 Prozent den Höhepunkt.

Ende des ersten, Anfang des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts machte sich die demographische Implosion an den Hochschulen bemerkbar. Dies war vor allem deshalb schmerzhaft, weil sich die meisten akademischen Einrichtungen in Polen auf didaktische Studiengänge wie die Lehrerausbildung fokussiert hatten. Insbesondere gilt dies für die privaten Hochschulen. In Polen hatte sich das private Hochschulwesen im Wesentlichen als Subsystem des staatlichen entwickelt. Der private Sektor funktionierte in der Regel (mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen) wie eine »akade-

mische Kooperative«. Insofern kann die Entstehung und die Existenz des privaten Sektors als das Resultat eines Mangels im öffentlichen Sektor betrachtet werden. Abgesehen von einigen wenigen bemerkenswerten Ausnahmen, wurde im privaten Hochschulwesen keine Forschung betrieben und waren die privaten Hochschulen ausschließlich Institutionen mit pädagogischem und didaktischem Lehrangebot. Finanziert mit Hilfe von Studiengebühren, standen sie mit den staatlichen Universitäten in einem Wettbewerb um dieselben Ressourcen, was einen Interessenskonflikt bei den Hochschullehrern hervorrief, die sehr häufig parallel sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor arbeiteten.

Die polnische Hochschulbildung und Wissenschaft hat seit 1989 eine Reihe substantieller Reformen durchgemacht. Die Veränderungen im Management und in der Verwaltung der Hochschule, bei den Studentenzahlen, in den akademischen Berufen, bei der Finanzierung, den Kontrollstandards, den Bewertungskriterien und vielem mehr waren abhängig von vielerlei sozialen, wirtschaftlichen und demographischen Ursachen. Die Veränderungen betrafen sowohl quantitative Aspekte wie Studentenzahlen oder die Anzahl von Fakultäten und Instituten als auch qualitative Aspekte wie die akademische Autonomie und Freiheit, die Dualität von öffentlichen und privaten Einrichtungen, das Regime der Gebühren und den Wettbewerb um die Forschungsfinanzierung. All das trat ein und interagierte im Kontext der postkommunistischen Transformation, der Europäisierung und Globalisierung.

Folglich sah sich das polnische Hochschulwesen knapp 30 Jahre einer intensiven Modernisierung ausgesetzt, die unter den Stichworten Kommerzialisierung und Privatisierung durchgeführt wurde. Auf der anderen Seite basiert die staatliche Finanzierung immer noch auf der Anzahl der Studierenden und des akademischen Personals mit akademischem Grad. In der Vergangenheit wurden die vom Staat garantierten Einmalzahlungen durch Drittmittel ergänzt. In der Phase des demographischen Hochs leisteten die Studiengebühren in manchen Studiengängen einen wesentlichen Beitrag zum Universitätsbudget. Aktuell, in der Phase des demographischen Tiefs, sind die Universitäten fast vollständig von der staatlichen Finanzierung abhängig – des Ministeriums, des Nationalen Wissenschaftszentrums (*Narodowe Centrum Nauki – NCN*) des Nationalen Zentrums für Forschung und Entwicklung (*Narodowe Centrum Badań i Rozwoju – NCBiR*) usw.

Diagnosen und Reformansatz

Die Absicht und die Vision von Minister Gowin waren, die Qualität der polnischen Hochschulen durch eine Reform umfassend zu verbessern, um sie international

wettbewerbsfähig zu machen, so im Bereich der Wissenschaft, der Lehre und der Kontakte zu Wirtschaft und Business.

Bis dahin verlief die Evolution der polnischen Hochschullandschaft – wie bereits oben dargestellt – vom stark bürokratisierten, aus dem Kommunismus ererbten System, über das marktgesteuerte kommerzialisierte System bis zum aktuellen System, in dem wir nach dem Rückgang der Massenunten den Kampf um die Ressourcen beobachten, die Rückkehr zu staatlicher Zentralisierung (als eines der Elemente der autoritären Tendenzen in der polnischen Politik) und im Ergebnis die Schwächung der universitären Autonomie.

Die niedrige Position der polnischen Universitäten in den Rankings war eines der Schlüsselargumente für die Reform, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit steigern sollte. Abgesehen von Einzelfällen erfolgreicher Internationalisierung, ist der polnische Hochschulsektor sprachlich, fachlich und in vielerlei Hinsicht mehr nach außen abgeschlossen. Die transnationale Interaktion und der internationale Austausch sind eher oberflächlich. Trotz Veränderungen infolge des Bologna-Prozesses beleuchten die internationalen Rankings wiederholt den geringen wissenschaftlichen Output und die schwache Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Hochschulbildung. Auf der formalen Ebene, siehe beispielsweise die Umsetzung der Vorgaben des Bologna-Prozesses, läuft das polnische Hochschulsystem relativ reibungslos. Auf der funktionalen Ebene wie zum Beispiel bei der Teilnahme an europaweiten Programmen (*Horizon 2020*, Stipendien des Europäischen Forschungsrates) ist es deutlich marginalisiert. Die wissenschaftliche Karriere und Förderung sind in Polen immer noch enorm von der Habilitation abhängig, und dieses System fördert die Loyalität gegenüber dem hochschulinternen Establishment. Die Publikationsstrategien sowohl der älteren als auch der jüngeren Wissenschaftler konzentrieren sich auf den polnischen Markt, der allerdings keine Verbindung zum internationalen Publikationsmarkt aufweist. In vielen Fachdisziplinen gibt es keinen einzigen Zeitschriftentitel, der international bekannt ist oder der zumindest in den internationalen Indizes auftaucht. Die Zunahme von Publikationen geringerer Qualität nahm rasch ein hohes Ausmaß an, was die Forschung in Polen nicht voranbringt und schlicht kontraproduktiv ist.

Infolge dessen initiierte die mit absoluter Mehrheit regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) eine offene Ausschreibung für Gesetzesentwürfe zur Reform des Hochschulwesens. 15 Teams reichten ihre Vorschläge ein, von denen drei ausgewählt wurden. Diese Methode ging mit dem Paradigma der Zunft einher, da der Entscheidungsprozess teilweise

den wichtigsten Stakeholdern übertragen wurde, um die Legitimierung des Reformprozesses zu bezeugen. Die Auswahl der drei Teams, die von den drei größten Hochschulstandorten, Warschau, Krakau (Kraków) und Posen (Poznań), kamen, deutete schon an, wie das Ministerium das Spielfeld zu strukturieren gedachte, insbesondere mit Blick auf den In- und Output der Reform, die vor allem diese drei Standorte bedient. Da der Minister sich das Recht offen hielt, den drei Vorschlägen auch nicht zu folgen, wurde die Strategie eines von Beginn an offenen und inklusiven Prozesses suggeriert. Alle drei Positionspapiere empfahlen die Zentralisierung und Konzentration von Ressourcen beim Rektor als Führungsperson, was auf Kosten der bestehenden Gremien geht, während die externen Interessengruppen in der Regierung systematisch einbezogen werden.

Die Zentralisierung (sowohl des Hochschulwesens als auch auf der Ebene der jeweiligen Hochschule), die Politisierung und die Beeinträchtigungen der akademischen Autonomie bringen Gewinner und Verlierer im polnischen Hochschulwesen hervor. Die Rückkehr des öffentlichen Finanzmonopols ist eine starke Voraussetzung und ein Anreiz dafür, die Abhängigkeit von den öffentlichen Finanzen in eine Abhängigkeit von den öffentlichen Autoritäten zu überführen, was in einem so stark politisch instrumentalisierten System wie dem polnischen automatisch politische Abhängigkeit bedeutet. Die Hochschulreform führt eine nützliche Allianz zwischen der Politik (dem Ministerium und der regierenden Partei) und den Hochschulrektoren herbei, die zu den Protagonisten des Wandels werden. Die enge Kooperation der Parteideologen mit den Verfechtern des Reformprogramms gilt es, durch das Prisma der Interessen der handelnden Rektoren zu betrachten: Diese Interessengruppe war in der Lage, Vorteile aus der Reforminitiative zu ziehen, und verwandelte ihre organisatorisch privilegierte Position in eine beträchtliche Machtkonzentration. Dies vollzog sich auf Kosten der etablierten akademischen Institutionen der demokratischen Interessengruppen.

Die akademische Demokratie (die Universität als Gemeinschaft von Wissenschaftlern), die ein deutliches Merkmal der postkommunistischen akademischen Institutionen in Polen war, wurde in eine »korporationistische Autokratie« konvertiert, in der Rektoren die dominante Position einnehmen. Bemerkenswert ist, dass die Rektoren, die in der Polnischen Rektorenkonferenz (*Konferencja Rektorów Akademickich Szkół Polskich – KRASP*) und anderen Gremien organisiert sind, einen starken organisatorischen Vorteil genießen, was ihnen gegenüber anderen, diffuseren Interessen in der Universität ermöglicht, bei der Erlangung ihrer Ziele relativ erfolgreich zu sein. Das Paradoxe ist, dass die Rek-

toren, die die Spitzenposition der universitären Elite besetzen, den Kern der bereits bestehenden universitären Strukturen repräsentieren: Revolutionäre Reformen durch diejenigen implementieren zu lassen, die an der Spitze des zu reformierenden Systems stehen, klingt unglaublich, insbesondere wenn die Diagnose, die zu der Reform veranlasste, auf überkritischen Aussagen über die Qualität der Forschung und Lehre derjenigen Institutionen basiert, die von den betreffenden Rektoren jahrelang geleitet wurden.

Gleichzeitig führte die Stärkung der Autonomie der Rektoren zu der relativen Herabstufung der Interessen anderer Gruppenvertreter. Alle anderen Ebenen der Universitätshierarchie (Fakultäten, Institute, Lehrstühle und sogar einzelne Wissenschaftler) sind vom Rektor und dessen Interessen abhängiger geworden. Die Einführung eines so zentralisierten Systems war möglich, weil es keine Möglichkeit des Vetos aufseiten all der anderen, diffuser organisierten Interessenvertreter gab.

Trotz des langen Konsultationsprozesses weckte die Reform mit Blick auf den Geldfluss, die Standardisierung der Wissensinhalte, die neuen Formen administrativer Beaufsichtigung, die Einordnung in Parameter, die quantitative Evaluierung, die öffentlichen Rankings usw. beträchtliche Skepsis. Die Implementierung der Reform ist ein in Etappen verlaufender Prozess und je deutlicher die Konsequenzen der Reform werden, desto größer wird der Widerspruch. Die reformbegleitenden Konsultationen waren Pseudoberatungen in großem Stil, und alle darüber befragten Beteiligten – mit der bemerkenswerten Ausnahme der Rektoren – bestätigten die Oberflächlichkeit der Konsultationen [die Befragungen fanden im Rahmen eines Forschungsprojektes statt, siehe die Informationen am Ende des Textes auf Seite 6; Anm. d. Übers.]. Die Reform wurde vom Parlament unterstützt, die Konsultationen künstlich inszeniert und die Forderungen vieler akademischer Kreise ignoriert. Es bleibt nun abzuwarten, ob sich die eher verstreuten Interessengruppen (z. B. Fakultäten, Universitätswissenschaftler) kollektiv mobilisieren, um die Implementierung der Reform zu untergraben oder zu sabotieren, und ob sie langfristig in der Lage sein werden, Polens lange Tradition der akademischen Selbstverwaltung und Demokratie wieder herzustellen.

Die Reform wurde aus weiteren Gründen kritisiert. Reformgegner forderten, dass die Repräsentationsfunktion in den Gremien, die die Universität leiten und verwalten, nicht vom guten Willen des Rektors abhängig sein darf. »Wir brauchen Autonomie für die Universitäten, nicht Autonomie für die Rektoren«, hieß es in den »Posener Thesen«, die Protestierende im Sommer 2018 aufgestellt haben. Die schärfste Kritik wurde jedoch an der Zentralisierung geübt. Diese manifestiert sich

am deutlichsten in der Konzentration der Ressourcen in den wenigen großen Flaggschiff-Universitäten, was auf Kosten der zahlreichen kleineren Hochschulen geht.

Die Akkumulation von Ressourcen an ausgewählten Standorten weckt Assoziationen an den sogenannten Matthäus-Effekt – »Denn wer da hat, dem wird gegeben, dass er die Fülle habe; wer aber nicht hat, dem wird auch das genommen, was er hat« (Mt.25,29). Hier kündigt sich eine Lähmung des Systems an und es wird kaum möglich sein, die oligarchischen Strukturen zu durchbrechen. Mit Blick auf die Qualität der Wissenschaft ist diese Situation kontraproduktiv. Die Hochschulreform zielte darauf, die polnische Hochschullandschaft in Forschungsuniversitäten und ein stärker elitäres Modell zu verwandeln. Paradoxiertweise dienten die populistischen anti-elitären Parolen als Mittel, die breite Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der Reform zu überzeugen, wobei die Konzentration von Ressourcen in der Hand einiger weniger Institutionen ein noch elitäreres System erschafft, in dem qualitativ hochwertige Ausbildung nur für wenige zugänglich ist.

Das Hochschulsystem in ein stärker staatlich-zentralistisches Modell zu überführen, erinnert an die kommunistische Vorgehensweise vor 1989. Die Konzentration der Ressourcen im Prozess der Zentralisierung läuft Gefahr, die Mehrheit der polnischen Hochschulen an den Rand zu drängen. Es garantiert auch nicht bessere Leistungen derjenigen wenigen großen Universitäten, die die konzentrierten Mittel bewirtschaften. Die bisherige Anhäufung von Forschungsfonds brachte keinen wissenschaftlichen Output, der international beachtet worden wäre. Sie mündete vielmehr in einer höheren Anzahl von qualitativ minderwertigen Publikationen, die in lokalen Verlagen erscheinen.

In der Praxis erwiesen sich die regelmäßigen Evaluierungen des wissenschaftlichen Personals anhand der bibliometrischen Indikatoren und anderer Standards nicht als Wettbewerbsmechanismus, der bessere Leistungen aktiviert hätte. Die kulturelle Norm der »Loyalität gegenüber der eigenen Universität« verhindert eine auf dem Mechanismus von Angebot und Nachfrage basierende Wanderbewegung des wissenschaftlichen Personals. Es gibt keinen freien Arbeitsmarkt in der Universitätslandschaft, der Personalaufbau wird von der Logik einer fest geschlossenen Wissenschaftler-Community bestimmt, die weit entfernt ist von tatsächlichem Wettbewerb. Hinzu kommt, dass die relativ niedrigen Gehälter des öffentlichen Sektors auf die »besten Köpfe« nicht gerade motivierend wirken, an der Universität zu bleiben, insbesondere angesichts der niedrigen Arbeitslosenquote und besseren Marktchancen außerhalb des Hochschulsystems. Als eine Folge davon ist die »Verlegenheitsberufswahl« sowohl unter den älteren als

auch den jüngeren Wissenschaftlern der Universitäten in Polen zu beobachten.

Zusammenfassung – im Schatten von Humboldt

Der polnische Fall ist von entscheidender Bedeutung, und zwar nicht nur mit Blick auf die Größe des Landes und die relativ große Anzahl der Studierenden, das heißt den relativ großen akademischen Sektor. Polen war für die anderen Länder in Ostmitteleuropa in vielerlei Hinsicht ein Vorbild bei der Transformation im gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Bereich. Aktuell ist es ein wesentlicher Bestandteil des illiberalen Wandels, der in der postkommunistischen Welt vonstattengeht. Die eingeleiteten Veränderungen im akademischen Sektor müssen außerdem in den größeren Kontext der Reformen und Deformationen gesehen werden, die in Polen seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die *PiS* im Jahr 2015 eingeleitet wurden. Die Anti-Eliten-Rhetorik, die in der zurzeit dominierenden populistischen Politik praktiziert wird, dient der Delegitimation von Richtern, Professoren und anderen Angehörigen der sogenannten Ober- oder oberen Mittelschicht. Die geschürte revolutionäre Stimmung im Land hilft dabei, die Eliten in vielen Bereichen, einschließlich der universitären Welt, auszutauschen. Der Austausch der Eliten wird auch als Möglichkeit verstanden, jüngere Wissenschaftler zu fördern – in der Praxis trat zutage, dass diese häufig politisch »gut vernetzt« sind.

Wenn eine Regierung nicht unterschiedliche Standpunkte, Offenheit, das freie Denken und intellektuell unabhängige Individuen toleriert, wird sie sich immer im Konflikt mit der autonomen Universität befinden. So hat auch die sich zunehmend autoritär gebärdende *PiS*-Regierung ein Problem mit der Universität. Bereits

im Jahr 2005, als die *PiS* zum ersten Mal die Regierung führte, war der Kampf gegen die »alten Eliten« ein Bestandteil der praktizierten »De-Kommunisierung« und schlug sich im Lustrationsgesetz nieder.

Die ab dem Jahr 2018 eingeführten Veränderungen im Hochschulwesen bedeuten auch das Ende der Universität als die Form der »Gelehrtenrepublik«, die wir bisher kannten. Anstelle der Humboldtschen Tradition der universitären Freiheit und Unabhängigkeit werden feudale Beziehungen in hierarchischen Strukturen wieder eingeführt. Zentralisierung ist das Schlüsselwort der Reform und äußert sich als Konzentration von Ressourcen in einigen wenigen Flaggschiff-Universitäten sowie als Konzentration von mehr Macht in der Hand der Rektoren und des Ministers.

Die Reformen des Ministeriums für Wissenschaft und Hochschulwesen vernichten die Autonomie und infolgedessen potentiell auch die akademische Freiheit der polnischen Hochschulen. Mit fortschreitender Zentralisierung, zunehmenden Abhängigkeiten von politischen Entscheidungsträgern und der Veränderung der universitären Verwaltungsstrukturen fügt sich die Hochschulreform in eine Reihe politischer Entscheidungen der *PiS*-Regierung ein, die als Ende des Liberalismus deklariert werden. Da die Standards der liberalen Demokratie und der liberalen Werte auch in vielen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens in Frage gestellt und verletzt werden, kann die Reform des Hochschulwesens aus dem Jahr 2018 als einer der Bausteine der in der Breite wahrnehmbaren Tendenz betrachtet werden, dass in Polen zunehmend autoritäre Lösungen durchgesetzt werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Silke Plate

Über den Autor

Dr. habil. Rafał Riedel ist Professor am Institut für Politologie der Universität Opoln (Uniwersytet Opolski) und Lehrbeauftragter an der Universität St. Gallen (Schweiz). Der Text entstand im Rahmen des Forschungsprojektes »Zorganizowane grupy interesów jako »brakujące ogniwo« w kreowaniu polityk w wybranych krajach postkomunistycznych« [Organisierte Interessengruppen als »fehlendes Element« bei der Politikgestaltung in ausgewählten postkommunistischen Ländern] (OrgIntCEE) Projekt DFG-NCN Narodowe Centrum Nauki / Beethoven, nr decyzji 2016/23/G/HS5/01001.

Das Ministerium für Wissenschaft und Hochschulwesen: Die Verfassung für die Wissenschaft. Zusammenfassung der Veränderungen

Die Reform, die die akademische Gemeinschaft seit Jahren gefordert hat, schafft die besten Bedingungen für die Entwicklung der polnischen Wissenschaft sowie für die Ausbildung des wissenschaftlichen Personals der Zukunft. Es ist die seit Jahren erste komplexe Veränderung der Einstellungen gegenüber wissenschaftlicher Forschung, Lehre und Hochschulverwaltung.

Doktoranden und junge Wissenschaftler

Der Aufbau des Kapitals der polnischen Wissenschaft

- ein neues Modell der Doktorandenausbildung: Doktorandenschulen,
- Stipendien für jeden Doktorand der Doktorandenschule (2.104,65 Zloty netto vor der Halbzeit-Bewertung, 3.242,29 Zloty netto nach der Bewertung),
- Anhebung der Qualität von Dissertationen (dritter Gutachter, Auslage der Dissertation vor der Verteidigung),
- Elternurlaub für Doktoranden

Universitätsmitarbeiter

Deutliche Gehaltserhöhungen sowie neue akademische und wissenschaftliche Karrierepfade

- deutliche Erhöhungen der Mindestgehälter für Hochschullehrer,
- Schaffung eines neuen Karrierepfades für hervorragende Didaktiker,
- Aufwertung der didaktischen Karriere in der Hochschule,
- Aufhebung der Pflicht zur Habilitation,
- Mechanismen, die eine dauerhafte Beschäftigung garantieren: der zweite Vertrag ist unbefristet,
- eine Garantie der bisherigen Privilegien der Angestellten,
- die Möglichkeit der Universitäten, eigene akademische Karrierepfade zu schaffen

Studenten

Die Ausbildung der zukünftigen Eliten

- zusätzlicher Schutz für die Rechte der Studenten (Verbot, die Gebühren im Laufe des Studiums zu erhöhen, und termingerechte Diplomurkunden),
- die Möglichkeit, sich während des ganzen Jahres für Studentenkredite zu bewerben,
- ein stabiles Stipendiensystem,
- die Entwicklung dualer Studienfächer und der praktischen Ausbildung,
- die Aufrechterhaltung des Prinzips des gebührenfreien Studiums

Wissenschaftliche Forschung und Evaluierung der wissenschaftlichen Tätigkeit

Wir befreien das Potential der polnischen Wissenschaft

- die Bewertung der wissenschaftlichen Arbeit im Rahmen der ganzen Hochschule (und nicht der Fakultäten),
- neue Klassifizierung der Bereiche und Disziplinen in Anlehnung an die internationalen Standards,
- Abkehr vom »Punktesammeln« – wichtiger ist die Qualität der Publikationen und nicht die Quantität,
- ehrliche Bewertung der Hochschulen – alle Angestellten haben Einfluss auf die Evaluationsergebnisse,
- zusätzliche Finanzmittel – Forschungshochschulen sowie regionale Exzellenzinitiativen,
- finanzielle Unterstützung für polnische wissenschaftliche Zeitschriften und Wertschätzung von Monographien als wesentlicher Publikationskanal

Der Rat für Wissenschaftliche Exzellenz

Ein neues Organ für die Entwicklung des wissenschaftlichen Personals

- Nachfolger der Zentralen Kommission für Akademische Grade und Titel,
- Pflege der höchsten Qualitätsstandards wissenschaftlicher Tätigkeit, die für den Erhalt akademischer Grade und Titel gefordert werden,
- die Ratsmitglieder werden in demokratischen Wahlen für eine vierjährige Amtszeit gewählt

Ausgewogene Entwicklung

Unterstützung der Wissenschaft und des Hochschulwesens in allen Regionen Polens

- Ausschreibungen zusätzlicher Finanzmittel für regionale Hochschulen, u. a. »Regionale Exzellenzinitiative«, »Didaktische Exzellenzinitiative«,
- Unterstützung für den föderalen Zusammenschluss von Hochschulen,
- Beibehaltung der aktuellen Bezeichnungen der Hochschulen, ungeachtet der Änderungen der Kategorien,
- knapp 2,5 Mrd. Zloty zusätzlicher Mittel für die Unterstützung der Umsetzung der Reform in den Hochschulen

Das System der Wissenschaft und des Hochschulwesens

Die Tradition der akademischen Freiheit und der ausgewogenen Entwicklung

- Aufrechterhaltung der Tradition der akademischen Freiheit – die Community der Hochschule wählt die oberste Instanz der Hochschule,
- erleichterte Verwaltung der Finanzmittel,
- Erweiterung der Hochschulautonomie, was interdisziplinärer Forschung und Didaktik Raum gibt,
- die Möglichkeit, Hochschul- und Institutsföderationen zu bilden,
- Professionalisierung der Hochschulverwaltungen

Der Zeitplan der Reform

Vernünftige Umsetzung

- schrittweise Umsetzung des Gesetzes seit Oktober 2018,
- neue Hochschulstatuten ab Oktober 2019,
- 2020 Ende der Amtszeit der aktuellen Hochschulrektoren,
- 2021 Ergebnisse der neuen Evaluierung

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: <https://konstytucjadlanauki.gov.pl/podsumowanie-zmian> (abgerufen am 25.09.2019).

Die Forderungen des Akademischen Protestkomitees an die »Verfassung für die Wissenschaft«, Juni 2018

Während der Protestwelle im Juni 2018 gegen die geplante Reform des Hochschulwesens in Polen stellte das Akademische Protestkomitee im Namen der im ganzen Land streikenden Studenten und Wissenschaftler eine Liste von elf Forderungen auf.

Forderungen des Akademischen Protestkomitees

Wir fordern:

1. Demokratisierung der Hochschulen. Die gesetzlich garantierte Wahl der Vertreter der akademischen Gemeinschaft für alle Entscheidungs- und Führungsgremien sowie die Erhöhung der demokratischen Standards bei den Rektorenwahlen.
2. Autonomie für die Hochschulen. Entzug des dem Hochschulrat eigenen Rechtes, die Kandidaten für das Amt des Rektors vorzuschlagen und die Hochschulstrategie zu bestimmen.
3. Aufrechterhaltung der Fakultätsstruktur. Aufrechterhaltung der Fakultätsstruktur auf Gesetzesebene.
4. Hochschulen ohne Politiker. Einstellung der Angriffe auf die Unabhängigkeit der Wissenschaft und Schutz der Forschungsfreiheit vor der parteiischen Konstruktion von Stipendienprogrammen und vor politischer Einmischung.
5. Sicherstellung der Transparenz. Garantie auf einen breiten Zugang zu öffentlichen Informationen sowie auf Transparenz bei finanziellen und administrativen Entscheidungen im universitären Bereich.
6. Erhöhung der Finanzierung. Erhöhung der Finanzierung für die Wissenschaft und das Hochschulwesen (insgesamt auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes) im Laufe der nächsten Jahre.

7. Sicherstellung würdiger sozialer Bedingungen. Die Verbreitung und Aufwertung von Sozial- und Wissenschaftsstipendien auf allen Bildungsebenen sowie die Verbesserung der Infrastruktur – der Studentenwohnheime und der Wohnheime für wissenschaftliche Mitarbeiter –, um die sozialen Barrieren beim Zugang zu Bildung und akademischer Laufbahn auszugleichen.
8. Stärkung der Mitarbeiterrechte. Sicherstellung würdiger Arbeitsbedingungen durch die Einführung von Tarifverträgen mit der Möglichkeit, gegen die Entscheidungen des Ministeriums sowie der Rektorengremien zu streiken.
9. Publikationsgarantie in polnischer Sprache. Zuverlässige Garantien für die Möglichkeit, in den humanistischen Wissenschaften und den Sozialwissenschaften Untersuchungen in polnischer Sprache durchzuführen und zu publizieren.
10. Einspruch gegen die Zentralisierung. Das Einstellen der Angriffe auf die Interessen der Regionen sowie den Rückzug der Gesetzesvorschriften, die die wissenschaftliche und finanzielle Abwertung der regionalen Universitäten ermöglichen, sowie die Öffnung der wissenschaftlichen Karrierepfade in der Weise, dass der Aufstieg nicht nur für die großstädtischen Eliten zugänglich ist, sondern für alle begabten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen.
11. Die Änderung des Artikels 124, Paragraph 5. Wir fordern, dass der Arbeitsvertrag mit dem akademischen Angestellten im Falle eines rechtskräftigen Gerichtsurteils wegen Diebstahls geistigen Eigentums aufgekündigt wird.

Quelle: <https://oko.press/gowin-laczy-najgorsze-cechy-obecnego-i-poprzedniego-rzadu-jest-autorytarnym-neoliberalem/> (abgerufen am 25.09.2019).

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Jarosław Gowin, Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen, über die Hochschulreform

[Auszüge eines Interviews der »Kultura Liberalna« am 11.09.2018]

[...]

Ihre Hauptreform ist die Reform der polnischen Wissenschaft und des Hochschulwesens. Tatsächlich haben Sie den Versuch unternommen, sie auf eine andere Weise einzuführen, als man es typischerweise mit dem Vorgehen der Regierung der Vereinigten Rechten [zu dem informellen Parteienbündnis der Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica) gehören die Parteien Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Polen Gemeinsam von Jarosław Gowin (Polska Razem Jarosława Gowina) und Solidarisches Polen (Solidarna Polska), Anm. d. Red.] assoziiert. Eines der Elemente dieser Reform war, Arbeitsgruppen zu bilden, die ein Bewerbungsverfahren durchlaufen und Vorschläge für die Reform machen sollten. So geschah es und es wurden drei Gruppen berufen. Allerdings stellte einer der Leiter der Arbeitsgruppen, Professor Hubert Izdebski, nach der Abstimmung über das Reformgesetz fest, dass keine der Arbeitsgruppen im verabschiedeten Gesetz etwas davon sieht, was vorgeschlagen worden war.

Professor Izdebski äußert einen nicht repräsentativen Standpunkt für alle Arbeitsgruppen. Der Leiter einer anderen Gruppe, Professor Marek Kwiek, bewertete die endgültige Fassung des Gesetzes als eine große Chance für unsere Wissenschaft und die polnischen Hochschulen. Außerdem ist das Verfahren viel breiter angelegt als die Arbeit der Arbeitsgruppen allein. Eben weil ich ein politischer Konservativer bin und wollte, dass das Gesetz aus der konservativen Staatsphilosophie entsteht. Donald Tusk [Ministerpräsident der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) in den Jahren 2007–2014, Anm. d. Übers.] pflegte zu sagen, dass er Politiker, die mit einer Vision zu ihm kommen, zum Psychiater schicke. Deshalb – auch wenn ich in vielen Angelegenheiten nicht mit Jarosław Kaczyński [Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit, Anm. d. Übers.] übereinstimme – fand ich hier doch einen Partner für eine konservative Reform des Hochschulwesens.

Vielleicht erläutern wir, was Sie meinen, wenn Sie von Ihrem Konservatismus sprechen?

Erstens sollte der Staat so stark sein, dass er die realen Probleme lösen kann. Die Dritte Republik war mit Sicherheit kein solcher Staat, wofür der Zustand der polnischen Hochschulen ein beredtes Beispiel ist. Sie war nicht imstande, auch nur eine Universität mit Weltniveau hervorzubringen. Zweitens – der Konservative versteht ganz genau, je stärker der Staat, desto mehr bedroht er die Freiheit der Bürger. Daher sollte ein starker Staat gleichzeitig ein eingeschränkter Staat sein und es sollte ein größtmöglicher Raum der Freiheit für den Einzelnen, die Familie, Verbände und in diesem Falle Hochschulen bestehen bleiben. Es geht darum, die richtige Balance zu halten. Das dritte Element ist die Überzeugung, dass Veränderungen im Dialog entstehen sollten. Und das vierte, dass sie evolutionär und nicht revolutionär sein sollten, was sich im Falle der »Verfassung für die Wissenschaft« darin widerspiegelt, dass ein Zeitplan für die einzelnen Reformschritte festgelegt wurde.

Die Tatsache, dass ich mich für den Weg des Dialogs entschieden habe, entsprang auch dem Bewusstsein, dass ich für die Durchführungen tiefgehender Reformen Verbündete brauche, die dank zahlreicher Treffen und ehrlicher Debatten mutige Ideen äußern und zur Diskussion stellen konnten, Ideen, die im Allgemeinen in diesem Milieu unpopulär sind. Unter den Akademikern fehlt es nicht an Menschen, die sehr darauf bedacht sind, die Dinge immer weiter so laufen zu lassen.

Das heißt, konservativ eingestellt?

Nein! Ich bitte darum, den Konservatismus von einem Konservierungsdrang zu unterscheiden. Politik muss man mit Hilfe von Kompromissen betreiben. Manchmal sind die Kompromisse schlecht, politischen Notwendigkeiten abgetrotzt, aber das Prinzip des Suchens nach Kompromissen ist ein Wert. Mein Gesetz ist ein Kompromiss. Gleichzeitig stimme ich ganz und gar nicht den Vorwürfen zu, dass das Ausmaß der Kompromisse dem Gesetz die modernisierende Schärfe genommen habe. Es ist ein Paket von Lösungen, die in den kommenden zehn Jahren die polnischen Hochschulen tiefgehend und positiv umgestalten.

Das, was von dem Gesetz sowohl nach den Konsultationen als auch nach den Korrekturen im Sejm geblieben ist, stößt auf Kritik. Was die Eigenständigkeit der Hochschulen und die Vergrößerung der Macht des Rektors betrifft, haben viele Institute, so auch mein Institut für Soziologie an der Universität Warschau, ihre Befürchtungen zum Ausdruck gebracht, dass die Autonomie der einzelnen Einheiten wie Institute und Fakultäten verringert wird.

Hinter diesen Befürchtungen verbirgt sich das mangelnde Vertrauen des akademischen Milieus zu sich selbst. Wer ist der Rektor? Er ist kein von außen vorgesetzter Diktator. Ihn wählt die akademische Gemeinschaft. Der fehlende Glaube an die Möglichkeit, einen klugen Rektor zu wählen, bedeutet fehlender Glaube an den Sinn der Hochschulautonomie.

Es geht nicht um das mangelnde Vertrauen des wissenschaftlichen Milieus zu sich selbst. Es geht um die Befürchtungen, dass die Mehrheit – die nicht immer mit der Qualität einhergeht – ihren Rektor wählt. Gerade die Sorge um die Qualität sollte im Falle des Hochschulwesens niemanden wundern.

Kurz nachdem ich Minister geworden war, traf ich mich mit Professor Leszek Borysiewicz, dem damaligen Rektor der Universität Cambridge. Wir fingen an, die formalen Tätigkeitsbereiche seiner Rektoren und der polnischen Rektoren zu vergleichen. Letztere hatten deutlich geringere Kompetenzen. Professor Borysiewicz sagte mir damals, dass es so nicht funktionieren könne, dass die polnischen Hochschulen nicht in der Lage seien, sich gut zu entwickeln, denn das Verwaltungssystem ist verstopft. Ich stimme dem zu.

Sie sagten zu Beginn, dass die polnischen Hochschulen die Möglichkeit haben müssen, mit den besten zu konkurrieren. Das Problem ist, dass wir mit Blick auf unsere Generation von Forschern beobachten, dass einer nach dem anderen der hochtalentierten und arbeitsamen Menschen weggeht, nach Deutschland, nach Großbritannien, nach Norwegen... Und hinzu kommt noch der Abfluss der Studenten.

Der Exodus der Eliten der jungen Generation ist das Hauptmotiv für die Einführung der »Verfassung für die Wissenschaft«. Sie enthält viele bahnbrechende Lösungen, die die jungen Talente unterstützen. Es ist nicht verwunderlich, dass sie u. a. seitens der Doktoranden auf so große Unterstützung stieß. Allerdings muss man sich in diesem Kontext die Frage stellen, was die Ursachen für das niedrige Ansehen der polnischen Hochschulen sind. Die grundlegende ist der übermäßige Massenbetrieb. Die Universität Warschau oder die Jagiellonen-Universität [in Krakau,

Anm. d. Übers.] haben mehr als 40.000 Studenten. Die besten Hochschulen der Welt haben im Allgemeinen mindestens die Hälfte weniger. Warum wurden die Universität Warschau und die Jagiellonen-Universität zu Massenbetrieben? Dazu hat das mangelhafte Finanzierungsmodell der Hochschulen geführt. Das einzige Kriterium, das Einfluss auf die Höhe der Zuwendungen aus dem Staatshaushalt hatte, war eigentlich die Anzahl der Studenten. Je mehr Studenten, desto mehr Geld. Dem Anschein nach war das Prinzip richtig, das Geld folgte dem Studenten. Aber die Folgen erwiesen sich als katastrophal.

Was wird sich Ihrer Meinung nach ändern?

Die großen Veränderungen begannen bereits im Jahr 2017. Bei der Finanzierung der Hochschulen berücksichtigen wir nicht mehr die Gesamtzahl der Studenten, sondern das Verhältnis zwischen der Anzahl der Studenten und der Anzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter. Nicht mehr als 13 Studenten pro wissenschaftlichem Mitarbeiter. Zum Vergleich: an einer ziemlich angesehenen Universität in Zentralpolen war das Verhältnis in den Rechtswissenschaften 45 zu eins und in der Pädagogik 50 zu eins. Lassen Sie uns überlegen, was für Juristen oder Lehrer diese Hochschule ausbilden konnte...

Zum ersten Mal berücksichtigten wir das wissenschaftliche Werk. Bis Ende 2016 erhielt die Hochschule für jeden eingestellten Professor oder Doktor das gleiche, unabhängig davon, ob der Wissenschaftler mit den Nobelpreis Bekanntheit macht oder ob er seit zehn Jahren nichts mehr publiziert hat. Das hat sich geändert, denn seit 2017 berücksichtigen wir die wissenschaftliche Kategorie der betreffenden Fakultät. Der Professor, dessen wissenschaftliches Schaffen bewirkt, dass seine Fakultät – und in Zukunft seine Disziplin – die Kategorie B hat, wird der Hochschule weniger Geld »einbringen« als der mit der Kategorie A oder A+. Was hatte das zur Folge? Die Leitung der Hochschule begann umgehend, die Mitarbeiter aus der Perspektive des wissenschaftlichen Ertrages zu bewerten.

Ein anderes Beispiel: Ein Mittel, das Ansehen einer Hochschule aufzubauen, ist die Position im Ranking. Deshalb schufen wir mit dem Gesetz die Möglichkeit, dass sich die Hochschulen in Föderationen zusammenschließen. Eine eingegangene Föderation der Universität Warschau und der Medizinischen Universität Warschau würde dazu führen, dass sie sich automatisch zusammen in der zweiten Hälfte der 200 besten Hochschulen der Welt befänden. Einen hervorragenden Wissenschaftler an eine Hochschule zu holen, die im »Shanghai-Ranking« in der zweiten Hälfte der besten 200 steht, ist deutlich einfacher, als an eine Universität, die sich im vierten Hunderterblock befindet.

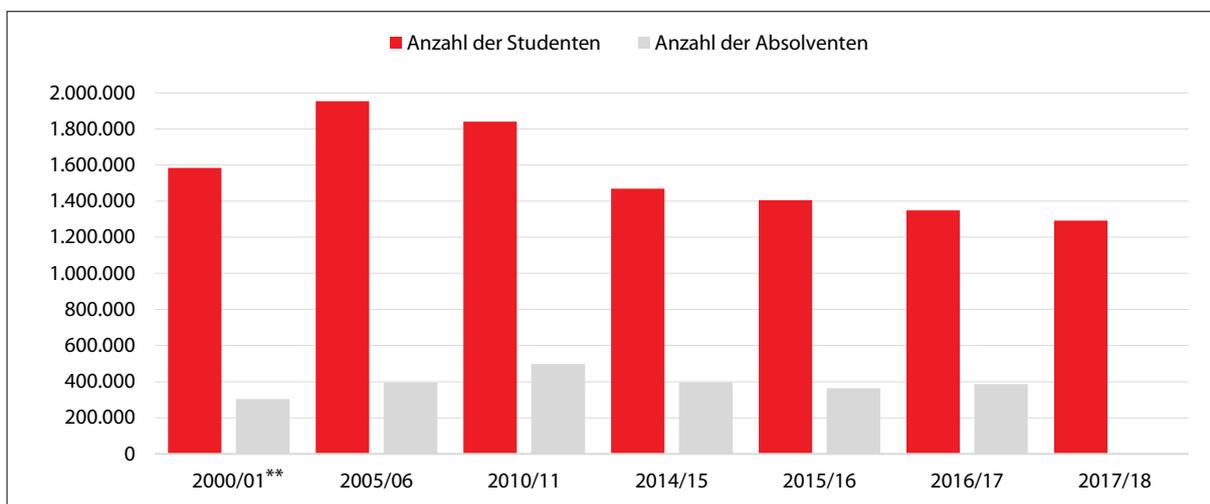
[...]

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Nie boję się autorytaryzmu. Z wiceprezesem Rady Ministrów, ministrem nauki i szkolnictwa wyższego Jarosławem Gowinem rozmawiają Jarosław Kuisz i Karolina Wigura [»Ich habe keine Angst vor dem Autoritarismus«. Mit dem Vizepräsidenten des Ministerrates und Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen, Jarosław Gowin, sprechen Jarosław Kuisz und Karolina Wigura]. Kultura Liberalna Nr. 37/2018 <https://liberte.pl/nie-boje-sie-autorytaryzmu-rozmowa-z-jaroslawem-gowinem/> (abgerufen am 25.09.2019), mit freundlicher Genehmigung der Kultura Liberalna.

Größe und Finanzierung polnischer Hochschulen

Grafik 1: Die Anzahl der Studenten und Absolventen an den Hochschulen in Polen*



*einschließlich Ausländer; **Anzahl der Absolventen bezogen auf das Kalenderjahr

Quelle: Główny Urząd Statystyczny (GUS) [Statistisches Hauptamt]: Szkoły wyższe i ich finanse w 2017 r. [Die Hochschulen und ihre Finanzen im Jahr 2017.] Warszawa, Gdańsk 2018. S. 14. <https://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/edukacja/edukacja/szkoły-wyzsze-i-ich-finanse-w-2017-roku,2,14.html> (abgerufen am 25.09.2019)

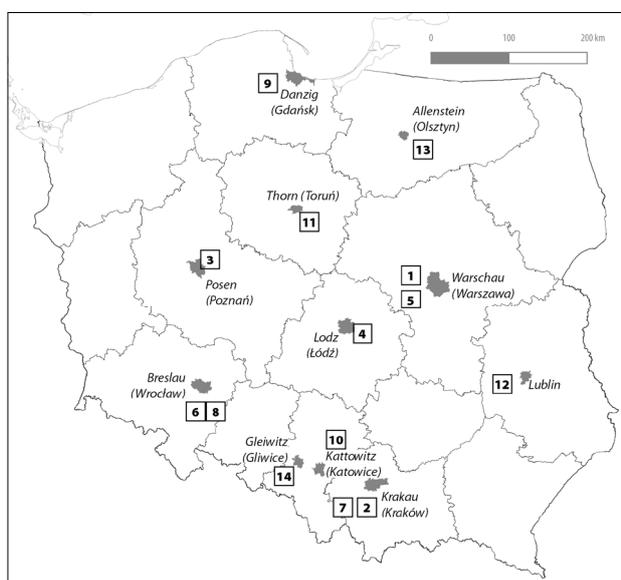
Tabelle 1: Die Anzahl der Studenten und Absolventen an den Hochschulen in Polen*

Akademisches Jahr	Anzahl der Studenten	Anzahl der Absolventen
2000/01	1.584.804	303.966**
2005/06	1.953.832	393.968
2010/11	1.841.251	497.533
2014/15	1.469.386	395.192
2015/16	1.405.133	364.619
2016/17	1.348.822	387.531
2017/18	1.291.870	-

*einschließlich Ausländer; **Anzahl bezogen auf das Kalenderjahr

Quelle: Główny Urząd Statystyczny (GUS) [Statistisches Hauptamt]: Szkoły wyższe i ich finanse w 2017 r. [Die Hochschulen und ihre Finanzen im Jahr 2017.] Warszawa, Gdańsk 2018. S. 14. <https://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/edukacja/edukacja/szkoły-wyzsze-i-ich-finanse-w-2017-roku,2,14.html> (abgerufen am 25.09.2019)

Grafik 2: Standorte der größten polnischen Hochschulen nach Anzahl der Studenten



1 – Universität Warschau; 2 – Jagiellonen-Universität; 3 – Adam Mickiewicz-Universität; 4 – Universität Lodz; 5 – Polytechnikum Warschau; 6 – Polytechnikum Breslau; 7 – Bergbau- und Hütten-Akademie in Krakau; 8 – Universität Breslau; 9 – Universität Danzig; 10 – Schlesische Universität in Kattowitz; 11 – Nikolaus Kopernikus-Universität; 12 – Marie Curie-Skłodowska-Universität; 13 – Ermländisch-Masurische Universität in Allenstein; 14 – Schlesisches Polytechnikum in Gleiwitz

Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://nominatim.openstreetmap.org>, <http://polygons.openstreetmap.fr/index.py> und http://geonode.iwlearn.org/layers/geonode:seavox_sea_area_polygons

Tabelle 2: Die größten polnischen Hochschulen nach Anzahl der Studenten*

Nr.	Name der Hochschule	Ort	Anzahl der Studenten	% der Studenten insgesamt
1	Universität Warschau (Uniwersytet Warszawski)	Warschau (Warszawa)	45.633	3,5
2	Jagiellonen-Universität (Uniwersytet Jagielloński)	Krakau (Kraków)	39.101	3,0
3	Adam Mickiewicz-Universität (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza)	Posen (Poznań)	37.634	2,9
4	Universität Lodz (Uniwersytet Łódzki)	Lodz (Łódź)	30.139	2,3
5	Polytechnikum Warschau (Politechnika Warszawska)	Warschau	30.036	2,3
6	Polytechnikum Breslau (Politechnika Wrocławska)	Breslau (Wrocław)	28.924	2,2
7	Bergbau- und Hütten-Akademie in Krakau (Akademia Górniczo-Hutnicza im. S. Staszica)	Krakau	26.349	2,0
8	Universität Breslau (Uniwersytet Wrocławski)	Breslau	25.549	2,0
9	Universität Danzig (Uniwersytet Gdański)	Danzig (Gdańsk)	24.658	1,9
10	Schlesische Universität in Kattowitz (Uniwersytet Śląski w Katowicach)	Kattowitz (Katowice)	23.478	1,8
11	Nikolaus Kopernikus-Universität (Uniwersytet Mikołaja Kopernika)	Thorn (Toruń)	23.466	1,8
12	Marie Curie-Skłodowska- Universität (Uniwersytet Marii Curie- Skłodowskiej)	Lublin	21.274	1,6
13	Ermländisch-Masurische Universität in Allenstein (Uniwersytet Warmińsko-Mazurski w Olsztynie)	Alenstein (Olsztyn)	20.126	1,6
14	Schlesisches Polytechnikum in Gleiwitz (Politechnika Śląska w Gliwicach)	Gleiwitz (Gliwice)	20.064	1,6

*einschließlich Ausländer

Quelle: Główny Urząd Statystyczny (GUS) [Statistisches Hauptamt]: Szkoły wyższe i ich finanse w 2017 r. [Die Hochschulen und ihre Finanzen im Jahr 2017.] Warszawa, Gdańsk 2018. S.14 f. <https://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/edukacja/edukacja/szkoły-wyższe-i-ich-finanse-w-2017-roku,2,14.html> (abgerufen am 25.09.2019)

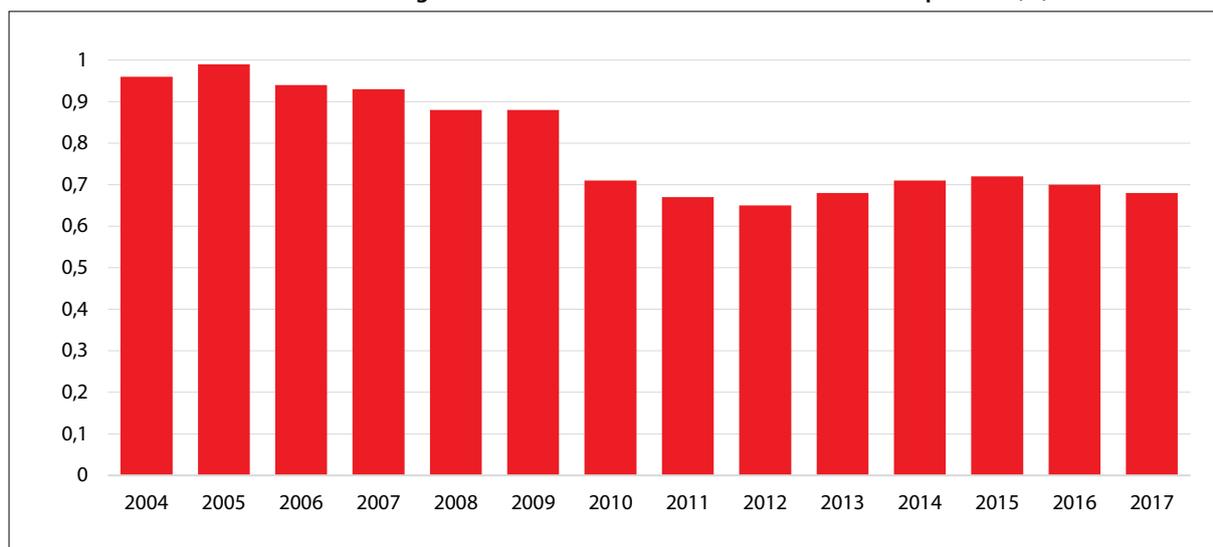
Tabelle 3: Öffentliche Ausgaben für das Hochschulwesen

Jahr	Ausgaben		Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (%)*
	des Staatshaushaltes in Mio. Zloty	der Haushalte der lokalen Verwaltungseinheiten in Mio. Zloty	
2004	8.822,3	31,9	0,96
2005	9.676,5	76,8	0,99
2006	9.888,7	122,0	0,94
2007	10.701,4	143,5	0,93
2008	11.091,0	100,0	0,88
2009	11.654,5	197,0	0,88
2010	11.722,4	70,2	0,71
2011	12.009,2	72,8	0,67
2012	12.402,1	74,7	0,65
2013	13.203,4	82,4	0,68
2014	14.389,7	87,5	0,71
2015	15.477,7	34,1	0,72
2016	15.355,9	36,1	0,70
2017	15.752,7	37,1	0,68

* Die Daten haben sich im Vergleich zu den in der früheren Ausgabe publizierten Daten infolge einer veränderten Methode und Veränderungen bei der Schätzung des Bruttoinlandsprodukts geändert.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny (GUS) [Statistisches Hauptamt]: Szkoły wyższe i ich finanse w 2017 r. [Die Hochschulen und ihre Finanzen im Jahr 2017.] Warszawa, Gdańsk 2018. S. 249. <https://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/edukacja/edukacja/szkoły-wyższe-i-ich-finance-w-2017-roku,2,14.html> (abgerufen am 25.09.2019)

Grafik 3: Anteil der öffentlichen Ausgaben für das Hochschulwesen am Bruttoinlandsprodukt (%)*



* Die Daten haben sich im Vergleich zu den in der früheren Ausgabe publizierten Daten infolge einer veränderten Methode und Veränderungen bei der Schätzung des Bruttoinlandsprodukts geändert.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny (GUS) [Statistisches Hauptamt]: Szkoły wyższe i ich finanse w 2017 r. [Die Hochschulen und ihre Finanzen im Jahr 2017.] Warszawa, Gdańsk 2018. S. 249. <https://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/edukacja/edukacja/szkoły-wyższe-i-ich-finance-w-2017-roku,2,14.html> (abgerufen am 25.09.2019)

17. – 30. September 2019

17.09.2019	Die Regierung fasst einen Beschluss zur Entwicklung der polnischen Seehäfen bis zum Jahr 2030. Zu den wichtigsten Investitionen werden die Wasserstraße zwischen der Weichselmündung und der Danziger Bucht, die Vertiefung der Wasserstraße Swinemünde – Stettin (Świnoujście – Szczecin) auf 12,5 m und der Bau des Zentralhafens in Danzig (Gdańsk), des Außenhafens in Gdingen (Gdynia) und des Containerterminals in Swinemünde erklärt. Das Investitionsprogramm soll aus staatlichen und aus EU-Mitteln sowie aus Mitteln staatlicher und privater Kooperationen finanziert werden.
18.09.2019	Władysław Kosiniak-Kamysz, Parteivorsitzender der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), stellt auf einer Pressekonferenz in Allenstein (Olsztyn) das Programm für die Reform des Gesundheitswesens vor, das die von der PSL angeführte Polnische Koalition (Koalicja Polska) vertritt. Er ruft zu einer parteiübergreifenden Vereinbarung auf, die u. a. die Erhöhung der Ausgaben für den Gesundheitssektor von 4,9 % auf 6,8 % des Bruttoinlandsprodukts, mehr Studienplätze für Medizin, die Konzipierung neuer medizinischer und pflegerischer Berufe und Gehaltserhöhungen für das medizinische Personal um 30 % umfassen soll. Die Polnische Koalition schlägt vor, 2 % der Rentenbeiträge für das Gesundheitssystem bereit zu stellen.
19.09.2019	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak unterzeichnet einen Vertrag mit dem polnischen Rüstungskonzern MESKO (Skarżysko-Kamienna) über den Kauf von 820 Raketen des Typs »Feniks« in Höhe von 25 Mio. Zloty. Es sei für die qualitative und quantitative Entwicklung der polnischen Streitkräfte unerlässlich, dass sich die polnische Rüstungsindustrie entwickle, so Błaszczak. Im vergangenen Jahr habe das Verteidigungsministerium Verträge in Höhe von knapp 4 Mrd. Zloty abgeschlossen, im laufenden Jahr seien es knapp 7 Mrd. Zloty.
20.09.2019	Im Rahmen der Proteste der internationalen »Fridays for Future«-Bewegung demonstrieren in ca. 60 Städten in Polen mehrere Hunderttausend junge Menschen für eine klimafreundliche Politik angesichts des Klimawandels. Der »Jugendklimastreik« fordert die polnische Regierung auf, den Klimanotstand auszurufen und eine Klimapolitik auf der Grundlage der aktuellen wissenschaftlichen, von der UN vertretenen Erkenntnisse umzusetzen. Weiter soll der Sejm ein Gesetz zur Berufung eines unabhängigen Expertenklimateams verabschieden, das eine Strategie entwickeln und kontrollieren soll, dass Polen bis zum Jahr 2040 klimaneutral handelt. Außerdem wird gefordert, das Thema Klimakrise in allen Schulstufen zu behandeln.
20.09.2019	Präsident Andrzej Duda beruft Jerzy Kwieciński zum Minister für Finanzen, Investitionen und Entwicklung. Die Neubesetzung erfolgt im Zusammenhang mit der Wahl des Finanzministers Marian Banaś in das Amt des Präsidenten des Obersten Rechnungshofes (Najwyższa Izba Kontroli – NIK).
21.09.2019	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) stellt auf einer Wahlkampfveranstaltung in Kattowitz (Katowice) das Wirtschaftsprogramm der PiS für die Unternehmer vor. Das »Paket für die Unternehmer« reiht sich in die Sozialprogramme der PiS für die Geringverdiener, Landwirte und Rentner ein. Es sieht verminderte Sozialabgaben, Steuererleichterungen und Investitionshilfen für kleine und mittlere Unternehmen vor.
23.09.2019	In New York unterzeichnen Präsident Andrzej Duda und US-Präsident Donald Trump eine Erklärung über die militärische Zusammenarbeit beider Länder. Sie knüpft an die gemeinsame Erklärung vom 12. Juni 2019 an, in der die Anzahl von 4.500 rotierend stationierten US-Militärangehörigen bestätigt und weitere 1.000 in Aussicht gestellt wurden. Als Standorte werden Posen (Poznań), Dramburg (Drawsko Pomorskie), Breslau Strachwitz (Wrocław Strachowice), Lask (Łask), Powidz und Lubliniec genannt.
24.09.2019	In seinem Auftritt vor der 74. UN-Vollversammlung in New York sagt Präsident Andrzej Duda mit Blick auf den Klimawandel, die »grüne Wirtschaft« müsse sozial verträglich sein und dürfe international nicht mit dem Ziel instrumentalisiert werden, das Volkswirtschaften Vorteile aus ihren Rohstoffvorkommen oder Energiemixen schlagen.
25.09.2019	Das Bergwerk Bzie-Dębina in Bad Königsdorff-Jastrzemb (Jastrzębie-Zdrój) des Kohlekonzerns Jastrzębska Spółka Węglowa wird offiziell in Betrieb genommen. Es ist das erste seit dem Jahr 1994 neu errichtete Kohlebergwerk in Polen. Angestrebt wird eine jährliche Förderung von 2,2 Mio. Tonnen Kokskohle, die für die Stahlproduktion verwendet werden sollen.
26.09.2019	Ryszard Czarnecki, Europaabgeordneter der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer, wird zum Vorsitzenden der »Delegation im Ausschuss für parlamentarische Kooperation EU-Russland« gewählt. Sein Partei- und Fraktionskollege Witold Waszczykowski, ehemaliger Außenminister Polens, wird zum Vorsitzenden der »Delegation im Parlamentarischen Assoziationsausschuss EU-Ukraine« gewählt. Czarnecki unterstreicht, Polen habe damit zwei wichtige Positionen in der Ostpolitik des Europäischen Parlamentes besetzt.

28.09.2019	Auf einer Wahlkampfveranstaltung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in Opatów (Opole) stellt Gesundheitsminister Łukasz Szumowski das Programm der PiS für das Gesundheitswesen vor. Vorgesehen sind Haushaltserhöhungen für das Gesundheitsressort, die in die Modernisierung der Krankenhäuser, die Betreuung von Senioren und Pflegebedürftigen, die Prophylaxe und die Digitalisierung des Gesundheitssektors fließen sollen. Außerdem soll eine Milliarde Złoty für ein neues Onkologiezentrum bereit gestellt werden.
29.09.2019	In einem offenen Brief wenden sich die ehemaligen Präsidenten Lech Wałęsa, Aleksander Kwaśniewski und Bronisław Komorowski sowie weitere Personen des öffentlichen Lebens an die Kandidaten für den Senat, die nicht im Namen einer der drei Oppositionsbündnisse antreten. Der Senat wird am 13. Oktober zusammen mit dem Sejm gewählt. Es handele sich nicht um gewöhnliche Wahlen, sondern um eine Entscheidung für die Demokratie oder für eine autoritäre Diktatur, heißt es in dem Brief. Die Unterzeichner fordern die Kandidaten auf, auf ihr Recht zu verzichten, im Wahlkampf ihre persönlichen Prioritäten für ihre potentielle Amtszeit zu präsentieren. Vielmehr sollten sie die Einigkeit mit den demokratischen Oppositionsbündnissen demonstrieren und diese unterstützen.
30.09.2019	Kornel Morawiecki, Gründer der oppositionellen Organisation Kämpfende Solidarność (Solidarność Walcząca) in der Volksrepublik Polen, in der Gegenwart Abgeordneter im Sejm für »Die Freien und Solidarischen« (Wolni i Solidarni), Kandidat für Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) für die Wahl zum Senat, Vater von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, stirbt im Alter von 78 Jahren.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2019 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,
64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: info@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste Länder-Analysen

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>